

bei zwar auf die aktuelle theologische Diskussion über eine Erweiterung sowohl der lehrmäßigen wie der kirchenrechtlichen Bestimmungen zum Spender der Krankensalbung. Pastoral ist es für ihn verständlich, daß man in der gegenwärtigen Situation, in der aufgrund des Priestermangels in vielen Fällen Diakonen und Laien die Krankenseelsorge obliegt, fragt, ob nicht auch Nichtpriester mit der Krankensalbung beauftragt werden könnten. Auch konzidierte er: „Eine allseitig befriedigende Lösung des Problem gibt es derzeit nicht.“

Seine berechtigte Sorge aber gilt der Klarheit des Sakramentenverständnisses, in doppelter Hinsicht: Indem die theologisch diskutierte Ausweitung der Spendevollmacht eigenmächtig von einzelnen vollzogen wird, sieht Kasper die Sakramente in ihrer wesentlichen Bestimmung in Frage gestellt: der Sakramente könne man sich nicht selbst bemächtigen, zu ihnen werde man ermächtigt. Zu „Zweideutigkeiten und zu einer Verwischung der Konturen des Sakramentes“ aber führe auch, wenn Diakone oder Laien, weil sie das Sakrament der Krankensalbung nicht spenden könnten, statt dessen sakramentenähnliche Handlungen mit geweihtem Öl vollziehen.

Eine solche Klarstellung und Absage gegen irgendwelche „Hintertür-Lösungen“ ist nötig, nicht zuletzt, um alle Beteiligten vor falschen Erwartungen oder Hoffnungen zu schützen. Ebenso dringlich wäre es aber, daß sich in der Frage, ob auch Krankenseelsorgern, die keine Priester sind, die Spendung der Krankensalbung erlaubt werden kann, etwas bewegt. Bestrebungen, zumindest für die Ständigen Diakone eine solche Regelung zu erwirken, gibt es schon seit einiger Zeit. So hat sich beispielsweise die Würzburger Synode auf der Basis zweier wissenschaftlicher Gutachten mit dieser Frage beschäftigt, freilich ohne Ergebnis. Ob Diakonen die Möglichkeit gewährt werden soll, die Sakramente der Krankensalbung (und der Beichte) zu spenden, vor allem dann, wenn sie mit der Seelsorge in Krankenhäusern beauf-

tragt sind, darum geht es auch in der gegenwärtig geführten Diskussion über Wesen und Auftrag des ständigen Diakonates (vgl. HK, Juni 1996, 282 f.).

Die in erster Linie aus pastoraler Sicht argumentierenden Befürwortern einer Erweiterung der Spendevollmacht begründen ihr Anliegen sachlich wie persönlich. „In der Regel sollte im Krankenhaus der Seelsorger die Krankensalbung spenden, der die Patienten auch regelmäßig besucht und auf den Stationen Kommunionfeiern hält. Er weiß am besten, wann der rechte Zeitpunkt für eine Krankensalbungsfeier ist“, hatte die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhausseelsorger in einer kritischen Würdigung der Reform des Ritus der Krankensalbung schon 1974 gefordert. Zumindest als Ausnahme sollte Diakonen und auch Laien die Befugnis zur Spendung der Krankensalbung erteilt werden, soweit sie hauptamtlich in der Krankenhausseelsorge tätig seien und auch die Befugnis zur Austeilung der Kommunion vom Bischof erhalten hätten.

Und die quasi persönliche Dimension bei dieser Forderung: Immer wieder beschreiben Krankenseelsorger, wie befremdet sie, aber auch Patienten es erleben, wenn in das persönlich und spirituell intensive Geschehen der Begleitung in schwerer Krankheit der „fremde“ Sakramentenspender von außen hinzutritt. Bischof Kasper trägt diesem Defizit implizit wohl Rechnung, wenn er vorschlägt, ein Diakon oder Laie, der einen Kranken seelsorglich betreut hat, solle, wenn zur Spendung des Sakraments der Krankensalbung ein Priester gerufen werde, nach Möglichkeit bei der Feier anwesend sein.

Der geschichtliche Befund läßt für das heutige pastorale Anliegen durchaus gewissen Spielraum. So war nach Aussage einschlägiger Untersuchungen vom 3. bis 8. Jahrhundert vor der karolingischen Liturgiereform zumindest im Westen die Spendung der Krankensalbung durch Laien möglich, die Weihe des Öls war Bischof und Presbyter vorbehalten. Im neuen „Handbuch der Liturgiewissenschaft“

(Teil 7,2, Sakramentliche Feiern I/2, Regensburg 1992) betont *Reiner Kaczynski* auch mit Hinweis auf diese frühe Praxis, das für die Beschränkung auf den priesterlichen Spender maßgebliche Konzil von Trient spreche vom Priester nicht als einzig möglichen, sondern nur als „eigentlichem Spender“: „Wenn heute in vielen Gegenden der Kirche nicht nur die Krankenpflege, sondern auch die Krankenseelsorge in Händen von Laien liegt, wäre es folgerichtig, mit der Seelsorge an Kranken beauftragten Laien auch den Auftrag zu geben, die ihnen vertraute Kranken mit dem vom Bischof geweihten Öl zu salben“ (315).

Bischof Kasper betont dagegen, für die Diskussion, ob die lehrmäßigen und kirchenrechtlichen Bestimmungen über den Spender der Krankensalbung eine Weiterentwicklung zulassen, fielen die Aussagen des Trienter Konzils schwer ins Gewicht.

Die wechselvolle Geschichte dieses Sakraments mit ihren zahlreichen grundlegenden Veränderungen in Gestalt und Verständnis spricht aber zumindest für eine möglichst offene Diskussion auch in der Frage des Spenders. In jedem Fall wäre es unverantwortlich, das aus der Verengung auf die „letzte Ölung“ geborgene und mühsam genug im Bewußtsein der Gläubigen neu verankerte Krankensakrament dadurch ins Abseits zu stellen, daß ihm schlicht immer mehr die Spender fehlen. fo

Selbstgerecht?

† 335
Eine Umfrage zum Umweltbewußtsein der Deutschen

Da entsteht doch ein ziemlich häßliches Bild der Deutschen, vorsichtiger ausgedrückt zumindest ein rätselhaftes. Eine für das Bundesumweltministerium durchgeführte Bevölkerungsumfrage zum Umweltbewußtsein der Deutschen (repräsentativ ausgewählt und befragt wurden 1095 Personen in West- und 1212 in Ostdeutschland)

ergibt einen für die Auftraggeber ernüchternden, wenig motivierenden Befund.

Zunächst wird den Deutschen einmal mehr große Sensibilität für die Befindlichkeit ihrer Umwelt attestiert. Dabei wird dieses Umweltbewußtsein keineswegs mit übertriebener Bescheidenheit demonstriert: 73 Prozent der Befragten im Westen und 78 im Osten stimmten uneingeschränkt der Aussage zu: Egal, was die anderen tun, ich selbst versuche mich soweit wie möglich umweltgerecht zu verhalten. Gemäkelt wird nur bei den anderen, in bezug auf die positiven Selbsteinschätzung sogar äußerst kräftig: 59 Prozent im Westen und 55 Prozent im Osten glauben, daß sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewußt verhält.

Erfreulich viele (55 Prozent im Westen, 45 Prozent im Osten) wiederum erklären sich bereit, den eigenen Lebensstandard einzuschränken, verlangt dies der Zustand der Umwelt. Daß es um diesen aber äußerst schlecht bestellt ist, darüber scheint ebenfalls beim Gros der Deutschen kein Zweifel zu bestehen: 73 Prozent im Westen und 72 Prozent der Ostdeutschen sind beunruhigt, wenn sie daran denken, unter welchen Umweltverhältnissen ihre Kinder und Enkelkinder aufwachsen; 64 Prozent (West) und 67 Prozent (Ost) sehen uns auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, vorausgesetzt es wird weitergemacht wie bisher.

Bis zu diesem Punkt kann sich Bundesumweltministerin *Angela Merkel* – immerhin 50 Prozent der Befragten im Westen und 62 Prozent im Osten konnten den Namen der Ministerin nennen – freuen, sich einer breiten Unterstützung in ihrem Kampf mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, Kabinettskollegen und weniger besorgten Amtskollegen im Ausland sicher sein. Ernüchternd und enttäuschend aber sind die Ergebnisse, wo sich diese „hohe ökologische Grundsensibilisierung“ vor dem Ladenregal, an der Mülltonne, im Heizungskeller, vor allem aber hinter dem Lenkrad beweisen müßte. Der Deutsche ist zweifelsohne besorgt und beunruhigt, kosten jedoch

sollte ihn dieses Besorgnis möglichst nichts; die Opferbereitschaft hat erkennbar deutliche Grenzen. Das im Frühjahr erschienene Umweltgutachten 1996, das der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen der Bundesregierung vorlegte, bedauerte lakonisch: „Leider spiegeln sich die Sorgen der Bundesbürger nur wenig in der Bereitschaft zur Verhaltensänderung.“ Der Umweltrat kann sich durch die jüngste Studie bestätigt sehen.

Höhere Preise beispielsweise für umweltgerechte Artikel? Die wollten nur noch 37 Prozent im Westen und 27 Prozent im Osten zahlen; 29 Prozent und gar 40 Prozent im Osten lehnten dies entschieden ab. 49 Prozent im Westen und 59 Prozent im Osten sehen uns zwar im Müll ersticken, nur 22 Prozent bzw. 15 Prozent aber waren bereit, höhere Müllgebühren zu zahlen, um eine umweltschonendere Entsorgung des Restmülls zu ermöglichen. Erst recht aber beim Thema *Auto* bekommt die grüne Gesinnung der Deutschen Schatten. Hier wird auch den sonst so geschätzten Umweltschützern die Freundschaft gekündigt: 51 Prozent im Westen und 57 Prozent im Osten finden deren Kritik an den Autofahrern übertrieben.

Aus der Studie ergibt sich ein *paradoxe Befund*: Da steht zuerst die Katastrophenerwartung gegen eine insgesamt doch recht positive Einschätzung der Umweltqualität im näheren Umfeld. Auch ist es keineswegs so, daß ein gewisser Fortschritt beim Schutz der Umwelt nicht honoriert würde: 39 Prozent der Westdeutschen sehen große Fortschritte bei der Reinheit der Gewässer, 30 Prozent bei der Energieeinsparung, 25 Prozent bei der Sauberkeit der Luft. Im Osten liegen diese Einschätzungen im Durchschnitt noch höher.

Sind dann die Deutschen aber durchweg Zyniker, was die Fragen der Umwelt betrifft? Warum gibt es nur so wenig Bereitschaft, für das als notwendig Erachtete auch kostenträchtige Opfer zu bringen? Die Studie selbst liefert den Hinweis, in welcher Richtung die Erklärung zu suchen ist. Verglichen mit dem Beginn der 90er Jahre hat der

Umweltschutz in der Rangfolge der als besonders dringlich empfundenen gesellschaftlichen Probleme an Stellenwert eingebüßt. Vor allem im Osten, aber auch im Westen ist das ökonomische Hemd – konkret die Sorge um den Arbeitsplatz – näher als die ökologische Jacke.

Damit spiegeln sich in dieser Umfrage sämtliche Dauerprobleme, mit denen die Umweltpolitiker in ihrem täglichen Geschäft zu kämpfen haben: Da ist zuallerst das Problem, daß Umweltpolitik nach wie vor als Thema für bessere Zeiten gilt; Ökonomie und Ökologie bleiben ein tendenziell feindliches Paar. Und dabei ist kaum Besserung in Sicht: Von der Diskussion um die ökologische Steuerreform haben 70 Prozent im Westen und 76 Prozent im Osten noch nie etwas gehört.

Wenn sich die Umweltpolitik aber – glücklicherweise – verbietet, mit Katastrophenszenarien um Unterstützung für einschneidende und kostenträchtige Maßnahmen zu werben, bleibt ihr nur wenig, womit sie bei gleichzeitig scharfem Gegenwind zum umweltgerechten Handeln motivieren kann. Es machen ihr auch noch die eigenen Erfolge die Gefolgschaft abspenstig. In einem Interview mit der „Zeit“ (2. 8. 96) hat die Bundesumweltministerin dieses Dilemma anschaulich beschrieben: „Wir haben in der Vergangenheit eine ganze Menge erreicht, Luft und Wasser sind sauberer geworden. Deshalb verstehen viele Menschen nun nicht mehr, was wir eigentlich noch wollen.“

Dabei wird es noch schwieriger, wenn es nicht um den Dorfbach oder die Entschwefelungsanlage beim benachbarten Kohlekraftwerk geht, sondern um umfassende Fragen wie den dringenden anstehenden Klimaschutz. Wie aber kann die Umweltpolitik aus diesen Dilemmata entkommen, wie ihr Anliegen besser vermitteln und sich die breite Unterstützung der Bevölkerung sichern? Auch für die Bundesumweltministerin ist dies eine Frage des Ethos, der Lebensphilosophie: „Wir müssen den Bürgern klarmachen: Es kann dir gutgehen, auch ohne immer mehr Umwelt und Natur zu zerstören.“ fo